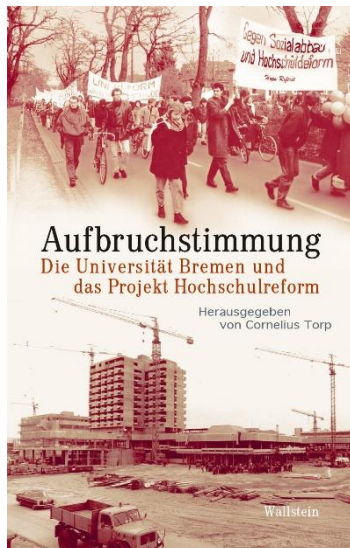




CORNELIUS TORP (HRSG.)

Aufbruchstimmung.
Die Universität Bremen und das Projekt der
Hochschulreform

Wallstein Verlag | Göttingen 2023
277 Seiten, gebunden | 32,00 €
ISBN 978-3-8353-5459-3

rezensiert von

STEFAN PAULUS, Universität Augsburg

»So viel Aufbruch war selten in Bremen« – mit diesen ambitionierten Worten beginnt der Bremer Historiker Cornelius Torp die Einleitung zu dem Sammelband zum 50-jährigen Gründungsjubiläum der Universität Bremen. In den vergangenen Jahren sind zahlreiche vergleichbare Jubiläumsschriften zu universitären Neugründungen der 1960er- und 1970er-Jahre in der Bundesrepublik erschienen.¹ Dabei geht es einerseits um die zeitgenössischen Intentionen dieser Gründungen während der damaligen Hochschulreformära und andererseits um Positionsbestimmungen in der heutigen und zukünftigen Hochschul- und Wissenschaftslandschaft. Diesem Anspruch will auch der Bremer Band gerecht werden, der insgesamt zehn Beiträge einer unter Pandemiebedingungen überwiegend online abgehaltenen Vortragsreihe aus dem Jahre 2021 vereint.

Das Besondere der Bremer Gründung ist zum einen, dass der Stadtstaat bis dahin als einziges Bundesland noch nicht über eine eigene Universität verfügt hatte; zum anderen, dass die Bremer Universität, als sie im Oktober 1971 nach fast zehnjähriger Diskussions- und Planungsphase den Lehrbetrieb aufnahm, in Selbst- und Fremdwahrnehmung als hervorgehoben reformaffin galt. In den Anfangsjahren brachte dieser ausgeprägte und teilweise auch stark ideologisierte Reformanspruch der Universität Bremen nicht nur bei konservativen Beobachtern das Etikett einer »roten Kaderschmiede« ein. Wie Torp verdeutlicht, intendierte das »Bremer-Modell« durch die dezidierte Abkehr von der traditionellen »Ordinarienuniversität« eine Universität neuen Typs zu kreieren. In dieser sollten alle Statusgruppen, also Lehrende, Lernende und Verwaltungspersonal, in drittelparitätisch zusammengesetzten Gremien gleichberechtigt den Kurs der Universität mitbestimmen. Tatsächlich wollte man in Bremen das Konzept einer durchweg demokratisch strukturierten, praxisorientierten und damit lebensnahen Universität Realität werden lassen und damit zugleich als eine Art Demokratisierungsverstärker in die Gesamt-

¹ Vgl. exemplarisch *Universität Regensburg* (Hrsg.), 50 Jahre Universität Regensburg, Regensburg 2017; *Universität Augsburg* (Hrsg.), Wissenschaft – Kreativität – Verantwortung. 50 Jahre Universität Augsburg, Regensburg 2020.

gesellschaft hineinwirken. »Das ›Bremer Modell‹«, so Torp, »[...] sollte den Elfenbeinturm der Wissenschaft schleifen und die Universität in den Dienst der Gesellschaft stellen, und zwar sowohl im Sinne einer Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch als transformierende Kraft« (S. 15). Ein derart hochgesteckter Anspruch musste in der aufgeheizten Stimmung der Jahre nach 1968 auch auf Widerspruch stoßen. So hatte die extreme Politisierung der studentischen Protestbewegung seit Ende der 1960er-Jahre mit Blick auf den Hochschulreformprozess zu einer gewissen Ernüchterung geführt. Just zum Zeitpunkt der Bremer Neugründung schien die Sinnhaftigkeit des mit immensen staatlichen Aufwendungen einhergehenden Reform- und Ausbauprozesses infrage zu stehen. Torp verweist auf die 1970 erfolgte Gründung des »Bundes Freiheit der Wissenschaft«, aber auch auf den »Radikalenerlass« vom Januar 1972. Torps Einleitung gibt darüber Aufschluss, weshalb die Bremer Neugründung in der Öffentlichkeit lange Zeit als *Enfant terrible* der deutschen Hochschulreform firmierte. Die zunächst konsequent durchgeführte drittelparitätische Mitbestimmung sowie die im Dienst demokratischer Transparenz praktizierte Öffentlichkeit aller Gremiensitzungen führten dazu, dass Konflikte sofort eine mediale Verstärkung erhielten. Zudem war die Wahrnehmung der Universität als »linke Kaderschmiede«, wie Torp betont, angesichts Bremer Besonderheiten speziell in der Berufungspraxis nicht gänzlich unbegründet: »Dafür sorgte schon der sich schnell etablierende Ruf der ›roten Universität‹, der viele eher konservative oder liberale Wissenschaftler, nicht zuletzt aus Sorge um die eigene weitere Karriere davon abhielt sich zu bewerben; hier wirkte das der jungen Hochschule aufgedrückte Label als *self-fulfilling prophecy*.« (S. 20)

Der Band gliedert sich in drei Themenblöcke. Der erste Block widmet sich der eigentlichen Gründungsgeschichte der Universität Bremen. Zunächst untersucht Wolfgang Kraushaar die »68er«-Bewegung »als Durchlauferhitzer der Reformuniversität Bremen« (S. 32). Kraushaar macht deutlich, in welchem Umfang der Geist von »1968« auf die Arbeit der diversen Gründungsausschüsse der Universität Bremen einwirkte und diese auch erschwerte. Sein Fazit fällt nüchtern aus. Zwar sei die alte Ordinarienuniversität tatsächlich abgeschafft worden, gleichwohl zeige das Beispiel Bremen, dass sich in der Folgezeit weder die revolutionäre Idee der »68er«-Bewegung noch die des weiterhin am Humboldtschen Universitätskonzept orientierten konservativen oder gemäßigt liberal-demokratischen Lagers durchsetzen konnten. »Die Hoffnung«, so Kraushaar, »durch die systematische Öffnung der Hochschulen für alle Schichten [...] sowohl eine Dynamisierung des gesamtgesellschaftlichen Fortschritts als auch eine Demokratisierung der Bildungsinstitutionen zu erreichen, hatte sich als Trugschluss erwiesen.« (S. 57) Anschließend beschäftigt sich Wilfried Rudloff mit der Bremer Universitätsgründung im Kontext der »Boomjahre der bundesdeutschen Hochschulgründungen«. Hier wird der Bremer Weg mit Gründungsprozessen und Reformmodellen in anderen Bundesländern, insbesondere in Hessen, korreliert. Was bleibt im Rückblick übrig vom »Bremer Modell«? »Vom Scheitelpunkt der radikal reformorientierten Gründungsphilosophie der 1970er-Jahre aus«, resümiert Rudloff, »nähte sich die neue Bremer Universität dann allerdings durch die Aufweichung vieler anfänglicher Neuerungen mit den Jahren Schritt für Schritt wieder dem Mehrheitskonzept der deutschen Universität an.« (S. 86) Anne Rohstock skizziert sodann die »Hochschulgeschichte des Kalten Krieges als Teil bildungspolitischer Forschung« und verknüpft dabei den in den 1960er-Jahren weltweit einsetzenden hochschul- und wissenschaftspolitischen Reformprozess mit internationalen Entwicklungen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs sowie des Ost-West-Konflikts. Verbindende Kennzeichen jenes Prozesses waren demnach der »Glaube an Effizienz-, Optimierungs- und Technologisierungsversprechen im Bildungsbereich, die Bevorzugung unmittelbar anwendbaren, nützlichen Wissens oder die Bedeutung, die Zahlen und Daten als vermeintlich objektiven ›Fakten‹ zugemessen« wurde (S. 107).

Im zweiten Themenblock steht der Alltag an der »roten Kaderschmiede« in den frühen Jahren nach Gründung im Mittelpunkt. Heinz-Gerhardt Haupt, der selbst zwischen 1974 und 1985 in Bremen lehrte, verweist auf ein Bremer Kuriosum bei akademischen Stellenbesetzungen. Es kam hier meist zu Doppelbesetzungen, mit dem Ziel, etwaige ideologische Konflikte zu vermeiden. Der Architekturhistoriker Eberhard Syring untersucht die bauliche Gestalt der Bremer Neugründung. Sein Fazit fällt kritisch aus: »Ausgangspunkt war der Traum von einer isolierten Campus-Universität, dann wurde es die ›stadtbezogene Universität in Stadtrandlage, anschließend

dominierten unterschiedliche Interpretationen einer Verflechtung von Universität und Stadt und zuletzt wurde die Universität gebaut – pragmatisch und ohne wirksame stadträumliche und soziale Verflechtung.« (S. 136) Birte Gräfin analysiert noch einmal die drittelparitätische Mitbestimmung als zentrale Säule des »Bremer Modells«. Sie weist anschaulich nach, dass die Drittelparität nicht allein an der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts 1973, sondern im Alltag eben auch schlicht an der Komplexität der universitären Gremienarbeit scheiterte. Petra Lucht widmet sich der besonderen Rolle der Universität Bremen für die Entwicklung und Etablierung der Geschlechterforschung speziell im Kontext der Natur- und Technikwissenschaften. »Insbesondere in den 1990er- und 2000er-Jahren«, so Lucht, »wurden Meilensteine der Institutionalisierung der Frauen- und Geschlechterforschung sowie der Feministischen Studien erreicht.« (S. 183) So wurden ein Zertifikatsstudium Gender Studies und ein Bachelorstudium Gender Studies im Nebenfach etabliert. Der letzte Beitrag des Themenblocks stammt aus der Feder von Manfred O. Hintz, der als Akteur der ersten Stunde seit 1971 in Bremen als Professor für Öffentliches Recht, Politische Soziologie und Rechtssoziologie wirkte. Hintz blickt auf das 1975 initiierte »Namibia-Projekt« als Beispiel früher Internationalisierung zurück. Dabei handelte es sich ursprünglich um ein Schulbuchprojekt zur deutsch-namibischen Geschichte, aus dem sich nach der Unabhängigkeit Namibias 1990 weitere erfolgreiche Kooperationen beim Aufbau des namibischen Bildungs- und Hochschulsystems ergaben.

Die Beiträge des letzten Themenblocks beschäftigen sich auf eher grundsätzlicher Ebene mit Fragen der Gegenwart und Zukunft der Universität. So diskutiert der Germanist und ehemalige DFG-Präsident Peter Strohscheider die vielgestaltigen und oftmals widersprüchlichen Erwartungen, die heute seitens der Gesellschaft an Universitäten herangetragen werden und die damit einhergehenden Chancen und Risiken für eine pluralistisch fundierte Wissenschaftsfreiheit. Und auch der 2024 verstorbene Soziologe Georg Krücken verweist in seinem Beitrag auf die mannigfachen Herausforderungen eines zunehmend von Relevanzkriterien und -erwartungen dominierten universitären Forschungs- und Lehrbetrieb. Krücken plädiert für ein Vertrauensverhältnis zwischen Gesellschaft und Wissenschaft: »Vertrauen ist dabei nicht als blinde, enttäuschungsresistente Akzeptanz zu verstehen. Im Gegenteil: Vertrauen ist eine ›riskante Vorleistung‹, die erbracht wird und die im Enttäuschungsfall auch wieder entzogen wird.« Drei Variablen seien dafür entscheidend, ob eine solche Vertrauensbeziehung etabliert werden könne: »Fairness, Kompetenz und Transparenz« (S. 274).

Insgesamt gewährt der Sammelband nicht nur äußerst aufschlussreiche Einblicke in die Planungs-, Gründungs- und Entwicklungsgeschichte der Universität Bremen, sondern auch bemerkenswerte Perspektiven auf die Problemfelder und Erwartungshaltungen, mit denen sich Hochschulen im 21. Jahrhundert konfrontiert sehen. Ferner wird bei der Lektüre der einzelnen Beiträge deutlich, dass die einstige »linke Reformhochburg« in den fünf Jahrzehnten ihres Bestehens einen Anpassungs- und Normalisierungsprozess durchlief, der diese vollständig in die bundesrepublikanische Hochschullandschaft integrierte. Hiervon zeugt im positiven Sinne die Tatsache, dass die Universität Bremen zwischen 2012 und 2019 zu den deutschen »Exzellenzuniversitäten« zählte. Kritisch zu vermerken ist der Verzicht auf ein Autorinnen- und Autorenverzeichnis in diesem inhaltlich-thematisch durchweg gelungenen Sammelband. Es ist keine Nebensächlichkeit, die interessierte Leserschaft über die spezifische Expertise und biografischen Hintergründe der Beitragenden adäquat in Kenntnis zu setzen – dies gilt besonders für den spannenden Aspekt der Zeitzeugenschaft.

Zitierempfehlung

Stefan Paulus, Rezension zu: Cornelius Torp (Hrsg.), Aufbruchstimmung. Die Universität Bremen und das Projekt der Hochschulreform, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82042.pdf>> [10.12.2024].



JAN-OTMAR HESSE

Exportweltmeister.
Geschichte einer deutschen Obsession

Suhrkamp | Berlin 2023
446 Seiten, gebunden | 28,00 €
ISBN 978-3-518-43134-4

rezensiert von

WILLIAM GLENN GRAY, Purdue University, West Lafayette

Hesse's compact and approachable book explores its premise in two distinct ways. On one hand, it offers a conceptual critique of the idea of Germany as a »world export champion«, a term that first emerged in 1986-87 in direct connection with World Cup soccer. Why did Germans consider it so important to run persistent, often unwieldy export surpluses, and whenever possible to lead the world in the value of its exported goods? On the other hand, the book presents a longer-term analysis of how business and political elites forged a consensus around export orientation as the foundation of German economic policy; why they succeeded for so long; and what tools they developed in achieving that aim. As an exposition of how the German export economy has thrived and adapted from the Kaiserreich to the present day, this is an unparalleled and essential contribution that should find readers among historians and the public at large.

Historicizing a seemingly self-evident concept can be challenging. Some readers might take the desirability of large surpluses as a given: why *wouldn't* Germans strive to be world export champions? Yet as Hesse observes, the export economy was hotly contested in the late 19th Century. »Neo-mercantilists« – or the »coalition of rye and iron« in the memorable phrasing – demanded higher tariffs to protect domestic industrial and agricultural interests. Hesse credits Chancellor Leo von Caprivi with articulating the countervailing pro-export argument for a wider audience: Germany's massive and growing population would have no work were it not for industrial production. »Either we export goods, or we export people«, he explained to the Reichstag in 1891 (cit. p. 61). Many of the industries most associated with Germany – machines, chemicals, electricity – were already world-beating enterprises by 1914, and German companies invested large volumes of capital abroad. Yet the Kaiserreich's immense hunger for food and raw materials made for significant trade deficits throughout the period.

Indeed, it was not until 1952 that trade surpluses became a routine and expected feature of (West) German life. But the trend toward ever greater export production had only deepened during the interwar years. In the early 1920s, the Weimar Republic took full advantage of its collapsing currency to push out exports; later, in 1926, it introduced an export support scheme in the form

of »Hermes« insurance. The Hermes system reduced uncertainty arising from the vagaries of million-mark overseas contracts, and it was not inherently distortionary; it was financed by premiums and sometimes actually turned a profit for the German state. After the Third Reich's excessive efforts at direct export promotion – one fund poured out 1.5 billion marks in subsidies for 4 billion in exports! – officials in the economy ministry were more than ready to dismantle currency controls and embrace market-oriented policies.

Hesse's coverage of the Federal Republic occupies two-thirds of the book, and it is here that the artful blending of themes finds its clearest expression. One dimension involves the structural framework of international political economy: currency relations (the Bretton Woods system), the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT), and the course of European integration. Another dimension involves German policymaking, with a special emphasis on the interaction between private industry groups and the political system. A third level of analysis looks to the companies themselves and their constantly adjusting responses to internal and external circumstances. Juxtaposing all of these layers allows Hesse to present a dynamic model of German export successes during two main periods, the boom decades of the 1950s and 1960s and the more disorderly era of globalization that followed.

There is, of course, plenty of data in these pages: an extremely illuminating overview of the structure of German imports and exports over time; tables and charts illustrating changing currency relations or the balance of trade and payments over time. But the text is not over-saturated with statistics. The emphasis here is on explaining how things worked, including »voluntary« export restraints under GATT; the Development Aid Tax Law of 1963; and the trade policies of key economy ministers such as Otto Graf Lambsdorff and Martin Bangemann. As a red thread running through these chapters, Hesse draws again and again on deliberations within the Foreign Trade Advisory Board (*Außenhandelsbeirat*), formed in 1946 to coordinate the views of government officials and various economic branches. By this means he registers the sharp yelps from industry whenever government officials dared to complain about an over-emphasis on exports (*Exportlastigkeit*) within the German economy. The high priests of the export economy acted swiftly to suppress heresy.

What makes Hesse's analysis so insightful is his readiness to consider not merely the staggering export surpluses as such, but also the financial consequences of Germany's perpetual imbalances. Cash outflows were the inevitable counterpart to trade surpluses; where did they go? Aside from tourist spending and remittances sent abroad by foreign laborers working in Germany, large volumes of capital poured into Swiss bank accounts or foreign direct investment (FDI). Hesse is, in effect, telling us to follow the money. Some might think of exports and FDI as opposite phenomena: one involves manufacturing goods and then shipping them abroad; the other involves founding or buying subsidiaries abroad so that production can take place elsewhere. We learn in these pages that companies pursued both strategies, depending on the situation. In that sense, the globalization of capital was an »export policy by other means« (p. 197). Hesse does not have the space to examine individual cases, but by tying exports and FDI, he is proposing a more complex way of writing about German business engagement with the world.

Lack of space also keeps the author from exploring alternatives. Hesse clearly considers Germany's export obsession to be unhealthy, both to trading partners and to Germany itself. He mentions a few of the negative side effects – weak consumption and low domestic investment at home, along with heightened inequality. Even if 40 percent of German GDP is presently linked to export activity in some way, it does not follow that what is good for Siemens' bottom line is good for Germany; it is the shareholders who take home the profits. What might be done to build down the *Exportlastigkeit*? As Hesse himself notes, the German government does not directly subsidize exports, and it is hard to find fault with the extensive networks of trade fairs and information services that serve as a kind of government-backed infrastructure for the export economy. How might everyday Germans be encouraged to consume more at home, thereby reducing the export surpluses: is there pent-up demand for more cars or larger houses? Considering the key role played by currency relations in the book, it is unfortunate that Hesse does not thematize the structural problems of the Euro – whose existence has permanently depressed the exchange rate

that would otherwise pertain to the German economy, boosting the competitiveness of German-made goods within Europe and abroad.

At any rate, for Hesse, the most fundamental problem with the »world export champion« mentality is the very notion of defining economic success in nation-state terms. His aversion to jingoism is understandable, but his distaste applies also to the sausage-grinding methods of trade negotiations. Was it really so objectionable for Germans of the Weimar Republic to instrumentalize trade liberalization for the sake of »unleashing the export strength of their own economy«? (p. 93) Is it necessarily an anachronism for German media, politicians, and business leaders to articulate economic interests in national terms? Even if enterprises operate effortlessly across borders, and regulations are set in Brussels, it is still the national governments that operate pension schemes. Jobs in Rüsselsheim will likely always matter more to Germans than jobs in Antwerp.

That being said: the subject matter of this book – the bureaucratic, corporate, and mental structures accruing from Germany's longstanding export orientation – may prove less salient in a world of accelerating mergers and selloffs. More worrisome still is China's massive export drive, often building on technology transfers from German joint ventures. Nevertheless, Hesse's account stresses the remarkable adaptability shown by German companies historically; firms of various sizes have responded nimbly to market conditions and refined their products and strategies accordingly. Few countries in the world have ever been as good at designing and making things as the German states over the past 150 years, and Hesse's book offers a welcome reminder of this.

Zitierempfehlung

William Glenn Gray, Rezension zu: Jan-Otmar Hesse, *Exportweltmeister. Geschichte einer deutschen Obsession*, Suhrkamp, Berlin 2023, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82041.pdf>> [3.12.2024].



ULRICH HEINEMANN

Johannes Rau: Der Besondere
Eine politische Biografie
(Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte,
Bd. 94)

Aschendorff Verlag | Münster 2024
601 Seiten, gebunden | 40,00 €
ISBN 978-3-402-22982-8

rezensiert von

LUTZ HAARMANN, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Johannes Rau (1931–2006) scheint nach seinem Tod im historisch-politischen Gedächtnis der Bundesrepublik etwas in Vergessenheit geraten zu sein. Das vorliegende Werk des Bochumer Historikers Ulrich Heinemann ist die erste wissenschaftliche Abhandlung überhaupt, die das gesamte politische Leben Raus darstellt. Das wirft Fragen auf. Warum ist beispielsweise an den nordrhein-westfälischen Universitäten, die dem Wissenschaftspolitiker Rau doch so viel zu verdanken haben, bislang kaum jemand auf die Idee gekommen, sich selbst oder den akademischen Nachwuchs mit den biografischen Wirkungen des wohl einflussreichsten Politikers in Nordrhein-Westfalen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu beschäftigen?¹ Umso verdienstvoller ist daher das Unterfangen Heinemanns, der als Referatsleiter in der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei den Ministerpräsidenten Rau persönlich erlebt hat, seinen früheren Chef mit einer wissenschaftlichen Monografie zu würdigen.

Heinemanns Werk, das beeindruckende 476 Seiten Text (inklusive Anmerkungsapparat sind es sogar 601 Seiten) umfasst, gliedert sich in zehn Kapitel. Die Darstellung reicht von Raus persönlichen Prägungen in Kindheit und Jugend über seine ersten politischen Gehversuche in der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), die schließlich im Jahr 1957 zum Übertritt in die SPD führten, bis zu Raus langer politischer Karriere in Nordrhein-Westfalen (Einzug in den Landtag 1958, SPD-Fraktionsvorsitz ab 1967, Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Wuppertal 1969/70, Wissenschaftsminister ab 1970, SPD-Landeschef ab 1977 und schließlich Ministerpräsident ab 1978), die erwartungsgemäß den Löwenanteil des Buches einnimmt. Abgerundet wird das politische Lebensbild Raus durch eine Würdigung seiner fünfjährigen Amtszeit als Bundespräsident von 1999 bis 2004.

¹ Vgl. aus der wissenschaftlichen Literatur Jürgen Mittag/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Versöhnen statt spalten. Johannes Rau. Sozialdemokratie, Landespolitik und Zeitgeschichte, Oberhausen 2007; vgl. aus der Sachbuchliteratur exemplarisch Werner Filmer/Wolfgang Klein, Johannes Rau. Der Bundespräsident, Bergisch Gladbach 1999.

Das Narrativ Heinemanns ist darauf angelegt, Johannes Rau als »den Besonderen« zu charakterisieren. Schon Raus Übertritt in die SPD mit 27 Jahren und der »ohne jeden proletarischen ›Stallgeruch« (S. 9) nur ein Jahr später erfolgende Einzug in den nordrhein-westfälischen Landtag sind bemerkenswert. Auch sein politischer Stil machte Rau in den Augen Heinemanns zu einer Ausnahmeerscheinung: »Johannes Rau, der Besondere, wurde über die Jahrzehnte [...] zum Inbegriff eines Politikers des ›Wir‹, der einem humanen und demokratischem Gemeinwohl verpflichtet war und blieb.« (S. 10)

Das von Heinemann angesprochene »Wir« zeigte sich konkret etwa in Raus Beitrag zum großflächigen Ausbau der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft, wobei er hier als Wissenschaftsminister natürlich auch auf die Leistungen seiner Amtsvorgänger (auch aus CDU-geführten Landesregierungen) aufbauen konnte. Nicht nur fünf Gesamthochschulen, auch etliche Fachhochschulen und die Fernuniversität Hagen entstanden unter Raus wissenschaftspolitischer Ägide. In seine Amtszeit fallen aber auch die Neuordnung von drei Musikhochschulen, die Neubauten der Universitätsklinik in Aachen und Essen sowie die Schaffung tausender Wohnheimplätze für Studierende. Als Mitte der 1970er-Jahre das Geld knapp wurde, wandelte sich Rau – so Heinemann – zu einem »Konsolidierer« (S. 128). Nun gewann die Forschung (und der damit einhergehende Zwang, Drittmittel zu generieren) deutlich die Oberhand gegenüber der bis dahin im Zentrum stehenden Lehre.

Das »Wir« zeigte sich auch beim nächsten zentralen Karriereschritt Raus, als er 1977 auf einem Landesparteitag in Duisburg überraschend den Vorsitz der nordrhein-westfälischen SPD gewinnen konnte. Sein favorisierter Konkurrent, der Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann, war sich seiner Sache etwas zu sicher und verzichtete auf eine die Delegierten gewinnende Bewerbungsrede. Rau hingegen wusste mit einem ausgefeilten Vortrag den Parteitag für sich einzunehmen und gewann (wenn auch knapp und erst im zweiten Wahlgang) mit 158 zu 155 Stimmen. Der Sprung in das Ministerpräsidentenamt erfolgte 1978 gleichfalls »gegen alle Wahrscheinlichkeit« (S. 147). Mit Unterstützung des Parteilinken Christoph Zöpel gelang es Rau, sich gegen den von Ministerpräsident Heinz Kühn favorisierten Finanzminister Diether Posser durchzusetzen.

Auch das organisatorische Umfeld Raus, etwa in Gestalt von SPD-Landesgeschäftsführer Bodo Hombach, wird in Heinemanns Studie ausführlich gewürdigt. Die Verbindung zu Hombach trug so weit, dass Rau von diesem als seinem »Alter Ego« (zit. nach S. 211) sprach. Mit dem erfolgreichen Landtagswahlkampf 1985 unter dem Slogan »Wir in Nordrhein-Westfalen« schuf Hombach auch die Vorlage für Raus späteren Bundestagswahlkampf. Nach seinem Wahlsieg 1985 in Nordrhein-Westfalen, bei dem er mit 52,1 Prozent der Wählerstimmen das historisch beste Ergebnis der SPD im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland erreichte, avancierte Rau in den Augen seiner Anhänger endgültig zum »Landesvater« par excellence. Raus Kanzlerkandidatur für die SPD bei der Bundestagswahl 1987 führte ihn kurz darauf allerdings in politisch unruhigere Fahrwasser. Unstimmigkeiten in der Wahlkampfstrategie und Querschüsse aus den eigenen Reihen torpedierten die Hoffnungen in der Partei, dass Rau mit seinem Motto »Versöhnen statt spalten« für die Wählerinnen und Wähler eine Alternative zu Bundeskanzler Helmut Kohl darstellen könnte.

Dass sich das »Wir« bei Rau insbesondere in »persönliche[n] Beziehungen [als] elementarer Baustein seines politischen Denkens und Handelns« (S. 265) manifestiert habe, hält Heinemann in seiner Studie als Kritik am »System Rau« fest. Die Liste der Freunde Raus in der nordrhein-westfälischen Politik und darüber hinaus war lang. Das »stark männerbündische Element« dieser Verbindungen kritisiert Heinemann ebenfalls, betont jedoch gleichzeitig, dass die Politik, die aus ihnen resultierte, ein »unübersehbares Aufbruch- und Reformelement« auszeichnete (S. 274). Trotzdem würde man über das Spannungsverhältnis dieser Komponenten gerne etwas mehr erfahren.

Nach einer ersten, erfolglosen Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten im Jahr 1994 gelang Rau fünf Jahre später schließlich der ersehnte Einzug in das Schloss Bellevue. Dieser Weg war, wie so oft bei ihm, alles andere als ein Selbstläufer. Mit Berlin fremdelte Rau anfangs. Dennoch entwickelte er in der Bundeshauptstadt ein umfangreiches Netzwerk. Skeptisch ist

Heinemann in der abschließenden Bewertung der Präsidentschaft Raus. In Berlin, so der Autor, habe Rau »als Politiker des Wir« mit den Herausforderungen einer »hohen Zeit des ›Ich‹« zu kämpfen gehabt. Im Vergleich zu seinen Amtsvorgängern, wie beispielsweise Richard von Weizsäcker mit seiner berühmten Rede vom 8. Mai 1985, habe Raus Wirken als Präsident »im kollektiven Gedächtnis der Nation keinen großen Nachhall gefunden«. (S. 455) Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt blieb dem in der Gesamteinschätzung Heinemanns dennoch »beachtlichen Bundespräsidenten« (ebd.) aufgrund seiner Krankheit nur noch wenig Zeit, um weiter am politischen Diskurs der »Berliner Republik« mitzuwirken.

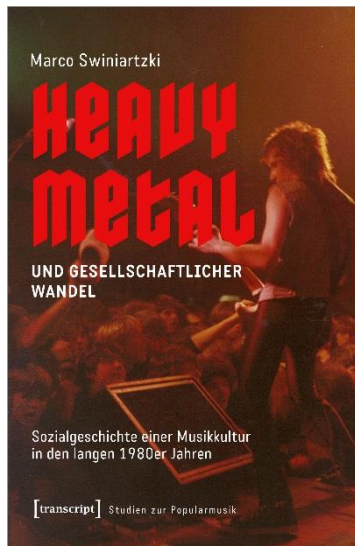
Durch Heinemanns Biografie werden Rau und seine Politik gleichsam wieder in den aktuellen öffentlichen Diskurs eingeführt. Raus universalistischer Ansatz, wie ihn der Autor etwa aus dessen Ahlener Rede im Jahr 1985 herauskristallisiert, »also einer Politik der Menschlichkeit, in der Macht und Moral, Prinzipientreue und Pragmatismus nicht als Widersprüche, sondern als Grundelemente sich wechselseitig stärkten und verstärkten« (S. 236), wäre vielleicht neu zu denken und mit der von nachlassenden Bindungskräften geplagten »Gesellschaft der Singularitäten« zu verbinden.² Sowohl als Figur eines »untypischen Sozialdemokraten« wie als »Integrationsfigur« (S. 469), so Heinemann, fehlt Johannes Rau. Immerhin zeigt sich an Rau, der christlich geprägt war und einen bürgerlichen Habitus pflegte, in welcher Breite die SPD nach Godesberg in der Lage war, ein politisches Angebot bereitzustellen, das über die Kernwählerschaft der Sozialdemokratie in der Industriearbeiterschaft hinaus Wählerinnen und Wähler gewann, und die CDU dadurch im Landtag von Nordrhein-Westfalen für lange Zeit von der Macht fernzuhalten.

Heinemanns Buch ist eine wahre Fundgrube für zukünftige Forschungen zur Person Johannes Raus und zur politischen Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens. Es werden viele Aspekte eines NRW-geprägten Lebens angesprochen, die es sich lohnen würde zu vertiefen. Spannend wäre es beispielsweise, mehr über Raus Rolle als SPD-Landesvorsitzender zu erfahren. Der Autor stützt sich auf ein intensives Studium vorwiegend des Nachlasses von Johannes Rau, der im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn lagert. Hilfreich sind das umfangreiche Personenregister und das Verzeichnis ausgewählter Schriften und Beiträge Raus. Heinemanns Doppelrolle als Historiker und Zeitzeuge, die von einer »gewisse[n] Grundsympathie« (S. 12) mit dem Porträtierten getragen ist, wird von ihm selbst aufgegriffen und transparent gemacht. Diese Freundlichkeit gegenüber Rau schadet dem Buch, das mehr als eine Chronik ist, aber nicht. Heinemanns zahlreiche Interviewpartner, die inzwischen zumeist ein höheres Lebensalter erreicht haben oder bereits verstorben sind, ergeben gewissermaßen ein Telefonbuch der NRW-SPD der 1980er- und 1990er-Jahre. Hoffnung für die zukünftige Rau-Forschung macht sicherlich auch die im Jahr 2024 gegründete Johannes-Rau-Gesellschaft, deren Gründungsmitglied Heinemann ist.

Zitierempfehlung

Lutz Haarmann, Rezension zu: Ulrich Heinemann, Johannes Rau. Der Besondere. Eine politische Biografie, Aschendorff Verlag, Münster 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82040.pdf>> [2.12.2024].

² Vgl. *Andreas Reckwitz*, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2020.



MARCO SWINIARTZKI

Heavy Metal und gesellschaftlicher Wandel.
Sozialgeschichte einer Musikkultur in den langen
1980er Jahren
(Studien zur Populärmusik)

transcript | Bielefeld 2023
658 Seiten, kartoniert | 66,00 €
ISBN 978-3-8376-6941-1

rezensiert von

TOM KOLTERMANN, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Die harten Klänge des Heavy Metals treffen in der Wissenschaft schon seit längerem auf offene Ohren. Mit dem für sie charakteristischen zeitlichen Verzug gilt das mittlerweile auch für die deutschsprachige Geschichtswissenschaft.¹ In diese Entwicklung reiht sich Marco Swiniartzki mit seiner Habilitationsschrift an der Universität Jena ein. Indem er in dieser Studie das Verhältnis einer populärkulturellen Szene zum gesamtgesellschaftlichen Wandel vermisst, zielt er auf nicht weniger ab als eine Sozialgeschichte des Heavy Metals.

Swiniartzki hat für seine Arbeit einen ambitionierten geografischen Zuschnitt gewählt. Vergleichend untersucht er Heavy-Metal-Szenen in Europa anhand von Nordengland, dem Ruhrgebiet sowie Schweden und Norwegen. Gleichberechtigt dazu widmet er sich auch den Protagonist*innen des Metals in drei Regionen der USA: in Florida, in der San Francisco Bay Area sowie im Ballungsraum New York. Ausgehend von den Herkunftsorten bekannter Bands interpretiert er die Verbreitung des Heavy Metal als »Glokalisierung« – sprich: als Ausprägung lokaler Szenen bei gleichzeitiger Bezugnahme auf überregionale Trends. Durchweg überzeugend ist auch der zeitliche Zuschnitt der Arbeit auf die »langen« 1980er-Jahre. Diese beginnen für ihn 1979 mit der »New Wave of British Heavy Metal« (NWOBHM) und enden mit den teilweise kriminellen Exzessen im norwegischen Black Metal in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre sowie dem sich abzeichnenden Wandel der Musikindustrie durch die Digitalisierung. Damit knüpft er an gängige Erzählungen über das Genre an, betont aber besonders stark, wie eng die Musik mit größeren gesellschaftlichen Prozessen verknüpft ist.

Das historiografische Anliegen des Autors an das Phänomen Heavy Metal lässt sich grob mit dem Begriff Entmystifizierung zusammenfassen. Unter Bezugnahme auf die aktuelle geschichtswissenschaftliche Popforschung rückt er populären Erzählungen der Metal-Szene zu Leibe.² Generell sticht er mit seiner Distanz zu den für den Heavy Metal typischen Authentizitätsdiskursen

¹ Vgl. exemplarisch Nikolai Okunew, Red Metal. Die Heavy-Metal-Subkultur der DDR, Berlin 2021.

² Vgl. Klaus Nathaus/Martin Rempe (Hrsg.), Musicking in Twentieth-Century Europe. A Handbook, Berlin 2021.

erfreulich aus der bisherigen Forschungsliteratur heraus. Swiniartzki hinterfragt konsequent Selbstdarstellungstechniken wie die Figur des »proud pariah« und schreibt gegen allzu simple Vorstellungen von der Entstehung musikalischer Genres als direkter Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen an. Dies bedeutet allerdings nicht, dass er die Produktionsbedingungen der Musik ignoriert.

Nach einem einleitenden Kapitel widmet sich der Autor in Kapitel zwei und drei mit einem klassisch sozialgeschichtlichen Ansatz den Auswirkungen, die der Wandel der Arbeitswelten in den von ihm untersuchten geografischen Räumen auf die Metal-Kultur hatte. Im vierten Kapitel geht es auf einer darunterliegenden Ebene um Bands als soziale Formationen. Im Anschluss werden die Spannungen und Überschneidungen zwischen dem Metal und den Punk-Szenen als einer nahezu zeitgleich entstandenen popmusikalischen Vergemeinschaftungsform vermessen. Danach stehen verschiedene Praktiken des Heavy Metals jenseits des Spielens von Instrumenten im Fokus, also etwa die Tape-Trading-Netzwerke oder das Gründen von Magazinen. Zum Abschluss widmet sich der Autor den Widersprüchlichkeiten der Kommerzialisierung in den auf Authentizität fixierten Metal-Szenen.

Das Buch belegt einmal mehr, dass für geschichtswissenschaftliche Studien über Popphänomene nicht unbedingt klassische Archivquellen nötig sind. Für die 1980er-Jahre scheint es kaum mehr lohnenswert, polizeiliche oder andere staatliche Maßnahmen gegen Popkultur zu verfolgen, da es diese Form der Repressionen nur noch selten gab. Stattdessen stützt sich Swiniartzki auf ein beeindruckend breites Reservoir aus Fanzines, Autobiografien und klassischen Musikmedien, aber auch auf zahlreiche selbstgeführte Interviews. Wie er zeigt, kann die geschichtswissenschaftliche Forschung auch über diese Wege zur Historisierung populärkultureller Phänomene beitragen. Ganz im Sinne des von ihm prominent hervorgehoben »Musicking«-Ansatzes von Christopher Small³, interpretiert er die verschiedenen Praktiken in den Heavy Metal-Szenen als Arbeit und fördert über diesen Zugang viel Erhellendes zu Tage.

Seinen eigenen Anspruch an eine Sozialgeschichte des Heavy Metal kann Swiniartzki erfolgreich vor allem in Kapitel zwei und drei einlösen, wo er etwa belegt, dass selbst die NWOBHM nicht eindeutig ein Phänomen darbender Industriestädte war und die Musiker meist nicht aus der beruflichen Ausweglosigkeit heraus zu den Instrumenten griffen. Zudem war Metal ihm zufolge schon in den Anfängen kein reines Phänomen der Arbeiterklasse, sondern inkludierte auch die Mittelklassen. Trotzdem seien mit Nordengland und dem Ruhrgebiet zwei besonders prominente Metal-Regionen stark proletarisch geprägt gewesen. Er schlussfolgert, dass zwar nicht alle Beteiligten der frühen Metal-Szene aus der Arbeiterklasse kamen, aber proletarische Identitäten stets ein wichtiger kultureller Bezugspunkt des Metals blieben, der als popmusikalisches Genre von Beginn an auf eine (imaginierte) Vergangenheit bezogen war.

Sehr gelungen sind auch die späteren Abschnitte, in denen Swiniartzki mit Verve durch die verschiedenen Berufe und Funktionen in den Musikszenen führt und so grundlegende Dinge wie die Verträge zwischen Bands und Plattenlabels oder die Funktion von Manager*innen analysiert. Diese im Vergleich zum eigentlichen Sound eher trocken anmutenden Voraussetzungen von Popmusik werden in gängigen Erzählungen gerne ignoriert. Der Autor zeigt hingegen überzeugend, dass die klassische pophistorische Dichotomie von Major-Labels und Indie-Labels in der Realität nicht immer klar zu erkennen war. Die Zusammenarbeit von Bands mit Independent-Plattenfirmen bedeutete keineswegs Abwesenheit von kommerziellem Druck oder Schutz vor unlauteren Geschäftspraktiken. Ebenso kann Swiniartzki zeigen, dass sich die Ebenen von Produktion, Vermittlung und Konsumption der Musik zumindest im Metal kaum trennscharf voneinander abgrenzen lassen, da zahlreiche Szene-Angehörige zwischen den Ebenen hin- und herwechselten oder gar mehrere Funktionen gleichzeitig ausfüllten. Hier gibt Swiniartzki wertvolle Impulse für zukünftige popgeschichtliche Studien.

Den politischen Gehalt des Heavy Metals behandelt Swiniartzki ebenfalls sehr sensibel, indem er diesen weder aufbauscht noch herunterspielt. Die gelegentlichen Ausführungen zur Nutzung rechtsradikaler Symbole und Inhalte im »Hard'n'Heavy«-Genre werden allerdings erst am Ende

³ Christopher Small, *Musicking. The Meaning of Performing and Listening*, Hanover/London 1998.

des Buchs ausführlicher eingeordnet. Methodisch angelehnt an Andreas Reckwitz⁴, zeigt er dort am Beispiel des norwegischen Black Metals durchaus überzeugend, wie die stete Abfolge von Distinktionsversuchen zum Türöffner für rechtsextreme Inhalte wurde. Die Darstellung dieser Eskalation, die sich in Mord und anderen Gewalttaten äußerte, ist dem Autor allerdings anderswo schon konziser gelungen.⁵ Außerdem finden sich auch außerhalb Norwegens vereinzelt rechtsradikale Elemente im Metal. Bands wie »Wehrmacht«, die zeitweise sogar mit rassistischen Songtexten arbeiteten, werden von Swiniartzki zwar erwähnt, aber kaum eingeordnet.

Die Einbindung des Heavy Metals in größere gesellschaftliche Wandlungsprozesse gelingt Swiniartzki auch an anderen Stellen nicht vollends. Sozial nachteilige Folgen von individuellen Anpassungen an die Metal-Szenen, etwa Probleme durch das Tragen von langen Haaren am Arbeitsplatz, kommen in der Studie zu kurz. Auch seine Ausführungen zur Position von Frauen in Metal-Bands in Kapitel vier erreichen nicht die Tiefe des restlichen Buchs. So kann man Swiniartzki zwar keine großen thematischen Leerstellen vorwerfen, sondern eher seinen fast enzyklopädischen Ansatz, dem er auch auf über 600 Seiten kaum gerecht werden kann. Bei der Auswahl der zu verhandelnden Themen wäre weniger manchmal mehr gewesen. Gerade für weniger metal-affine Leser*innen dürfte es manchmal schwer sein, dem Buch zu folgen, da es einige Kenntnisse über die Musik voraussetzt. Hier hätte der Autor stellenweise mutiger sein und versuchen können, die Entwicklungsstufen der Musik etwas plastischer bzw. »metallischer« darzustellen.

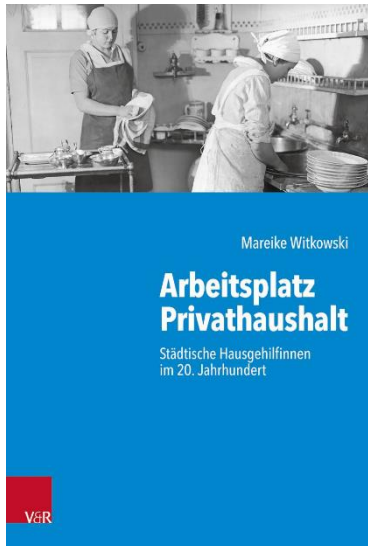
Diese Kritikpunkte sollen Swiniartzkis Forschungsleistung aber nicht schmälern. Ihm ist eine insgesamt sehr empfehlenswerte Darstellung gelungen, die historisch fundiert die Entwicklung des Heavy Metals erzählt – von einer Musik von Jugendlichen der 1970er-Jahre auf der Suche nach intensiven Erfahrungen in englischen »working men's clubs« hin zu einer Musik von nicht mehr ganz so jugendlichen Fans der Gegenwart, die intensive Erfahrungen auf Metal-Kreuzfahrten suchen. Überzeugend zeigt er auf, wie aus einem anfänglichen Jugendphänomen ein langfristiges Vergemeinschaftungsangebot wurde. Dem Buch ist daher ein breites Publikum zu wünschen – vielleicht ja auch in einer gekürzten und etwas pointierteren Fassung.

Zitierempfehlung

Tom Koltermann, Rezension zu: Marco Swiniartzki, *Heavy Metal und gesellschaftlicher Wandel. Sozialgeschichte einer Musikkultur in den langen 1980er Jahren*, transcript, Bielefeld 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82039.pdf>> [27.11.2024].

⁴ Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin 2020.

⁵ Vgl. Marco Swiniartzki, *Szene-Eliten. Selbststilisierung, soziale Praxis und postmoderne Ästhetisierung am Beispiel des norwegischen Black Metals*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 61, 2021, S. 445–469.



MAREIKE WITKOWSKI

Arbeitsplatz Privathaushalt.
Städtische Hausgehilfinnen im 20. Jahrhundert
(Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 246)

Vandenhoeck & Ruprecht | Göttingen 2024
373 Seiten, gebunden | 65,00 €
ISBN 978-3-525-31150-9

rezensiert von

ANDREA ALTHAUS, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die Geschichte der Hausangestellten ist bereits vielfach erforscht worden. Die geschichtswissenschaftlichen Studien beziehen sich jedoch meist auf das »lange« 19. Jahrhundert. Sozial- und kulturwissenschaftliche Arbeiten untersuchen das »Comeback der Dienstmädchen« seit den 1990er-Jahren.¹ Der Zeitraum dazwischen erhielt im Verhältnis dazu – zumindest in Deutschland – wenig Aufmerksamkeit. Zur Schließung dieser Forschungslücke leistet Mareike Witkowski mit ihrer sorgfältig recherchierten und empirisch gesättigten Arbeit einen wertvollen Beitrag. Sie zeigt, dass die Berufsgruppe der Hausangestellten trotz eines »andauernden Untergangsdiskurses« (S. 12) nie verschwunden ist, auch wenn die Zahl der im Privathaushalt angestellten Personen abnahm und sich der Hausdienst strukturell veränderte. Diesen Veränderungen spürt Witkowski nach. Sowohl Brüche als auch Kontinuitäten in den Blick nehmend, schreibt sie eine Sozialgeschichte der Arbeits- und Lebensbedingungen städtischer Hausgehilfinnen im 20. Jahrhundert.

Einleitend erläutert Witkowski ihre Forschungsperspektive der »sozialen Ungleichheiten« (S. 15). Dieser analytische Blick eignet sich für die Beschreibung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Privathaushalt, da dort Personen unterschiedlicher gesellschaftlicher Schichten in einem komplexen hierarchischen Beziehungsgeflecht stehen. Um dieses interpretativ zu durchdringen, wählt Witkowski einen intersektionalen Ansatz. Neben »Klasse« dienen ihr »Geschlecht«, »Rasse« und »Alter« als wichtigste Analysekatoren. Denn im Privathaushalt arbeiteten größtenteils junge Frauen aus unterprivilegierten sozialen Verhältnissen für (groß-)bürgerliche Hausfrauen. Während der NS-Zeit verstärkte im Fall der jüdischen Hausangestellten und der osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen die Kategorie »Rasse« die Ungleichheiten. Ihre Analysen stellt Witkowski

¹ Vgl. aus der geschichtswissenschaftlichen Forschung exemplarisch *Dorothee Wierling*, Mädchen für alles. Arbeitsalltag und Lebensgeschichte städtischer Dienstmädchen um die Jahrhundertwende, Berlin (West) 1987; vgl. für die sozial- und kulturwissenschaftliche Forschung *Sabine Hess/Ramona Lenz*, Das Comeback der Dienstmädchen, in: *Sabine Hess* (Hrsg.), Geschlecht und Globalisierung. Ein kulturwissenschaftlicher Streifzug durch transnationale Räume, Königstein im Taunus 2001, S. 128-165.

auf eine breite Quellenbasis, die aus amtlichen Statistiken, zeitgenössischen Erhebungen und Studien, eigens geführten Zeitzeugeninterviews, (Berufs-)Schulaufsätzen, Ratgeberliteratur, Zeitschriften und Unterlagen von Hausgehilfinnen- und Hausfrauenverbänden besteht.

Im ersten Kapitel fasst Witkowski die historische Forschung zu Hausangestellten im 19. Jahrhundert zusammen und charakterisiert den Dienstmädchenberuf bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Sie beschreibt eine feminisierte, mobile Berufsgruppe, die sich überwiegend aus jungen, ledigen Frauen aus ländlichen und ärmlichen Verhältnissen zusammensetzte. Da sie bei den »Herrschaften« wohnten, war das Arbeitsverhältnis durch starke persönliche Abhängigkeiten geprägt, die soziale Ungleichheiten fort- und festschrieben. Die Arbeitstage der Dienstmädchen waren lang, ihr gesellschaftliches Ansehen gering und die rechtliche Situation prekär. Daher bevorzugten junge Frauen zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend andere Berufe, was zu einem Mangel an Hausangestellten führte, der in der sogenannten Dienstbotenfrage vielfach beklagt und durch eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse behoben werden sollte.

Diese Vorgeschichte dient Witkowski dazu, im zweiten und dritten Kapitel die Entwicklung der Berufsgruppe im Laufe des 20. Jahrhunderts darzustellen. Die Kontinuitäten, so lässt sich zusammenfassen, waren trotz politischer Zäsuren und wirtschaftlicher wie sozialer Umbrüche hoch. Abgesehen vom Namen – aus dem Dienstmädchen wurde die Hausgehilfin –, blieb nach 1918 und bis in die 1960er-Jahre vieles gleich: Es arbeiteten größtenteils junge und ledige Frauen im Privathaushalt, die aus ländlichen oder kleinstädtischen Arbeiter- oder Handwerkerhaushalten stammten und nach Beendigung der Volksschule »in Stellung« gingen. Sie wanderten nicht einmalig vom Land in die Stadt, sondern waren in besonderem Maße mobil. Sie wechselten vielfach die Stelle, da dies praktisch die einzige Möglichkeit darstellte, die Lebenssituation zu verbessern. Die Arbeitsverhältnisse im Privathaushalt blieben auch im 20. Jahrhundert prekär und waren geprägt von einer schier unbegrenzten Arbeitszeit, persönlicher Abhängigkeit von den Arbeitgeber:innen und einer schlechten sozialen Absicherung. Daher war es für viele nicht – oder nur für kurze Zeit – erstrebenswert im Privathaushalt zu arbeiten.

Während der NS-Zeit wurde die Stellung der Hausgehilfinnen propagandistisch zwar stark aufgewertet, dies bezog sich jedoch, wie Witkowski darlegt, nur auf diejenigen Frauen, die zur »Volksgemeinschaft« gezählt wurden. In ihren Ausführungen über die überproportional vielen Zwangssterilisierungen von Hausgehilfinnen sowie über die Situation von jüdischen Angestellten und osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen arbeitet sie überzeugend heraus, wie stark gerade die intersektionale Verschränkung der Ungleichheitskategorien »Klasse«, »Geschlecht« und »Rasse« diskriminierend und einschneidend wirkte. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg klagten die zumeist wirtschafts- und bildungsbürgerlichen Arbeitgeber:innen über einen Mangel an »guten« Hausangestellten. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fungierten Hausgehilfinnen zwar, wie Witkowski herausarbeitet, immer weniger als Distinktionsmerkmal, ermöglichten aber viel mehr bürgerlichen Frauen eine (Teilzeit-)Arbeit aufzunehmen.

Als größten Unterschied zur Situation im 19. Jahrhundert macht Witkowski den Wandel von der Vollzeit- zur Teilzeitarbeit aus. Seit der Weimarer Zeit und verstärkt nach 1945 wurden viele Hausgehilfinnen nur noch stundenweise beschäftigt und wohnten nicht mehr bei den Arbeitgeber:innen. Die Entwicklung von der »live-in«-Hausgehilfin zur teilzeitbeschäftigten Reinigungskraft fand, so Witkowski, in den 1960er-Jahren ihren Abschluss – wobei die Autorin hier die Dynamiken im Hausdienst gegen Ende des 20. Jahrhunderts etwas voreilig außer Betracht lässt. Trotzdem ist ihre These, dass die Arbeit im Privathaushalt die spätere »Fluidisierung der Normalarbeitsverhältnisse« – von der Vollzeitstelle in einem Betrieb hin zu mehreren Teilzeitstellen bei vielen Arbeitgeber:innen – vorweggenommen habe, durchaus bedenkenswert (S. 325). Veränderungen zeigt Witkowski auch im Bereich der Rationalisierung der Hauswirtschaft durch technische Fortentwicklung auf. Anders als (zeitgenössisch) oft angenommen, sieht sie darin jedoch nicht die stetig sinkende Anzahl von vollzeitbeschäftigten Hausgehilfinnen begründet. Die Arbeit sei durch den technologischen Wandel nicht weniger geworden, sondern habe sich bloß hinsichtlich der körperlichen Anstrengung verändert.

Große Kontinuitäten zeigt Witkowski auch im vierten und fünften Kapitel des Buches auf, in denen sie die Bemühungen um eine gewerkschaftliche Organisation der Hausgehilfinnen beleuchtet und

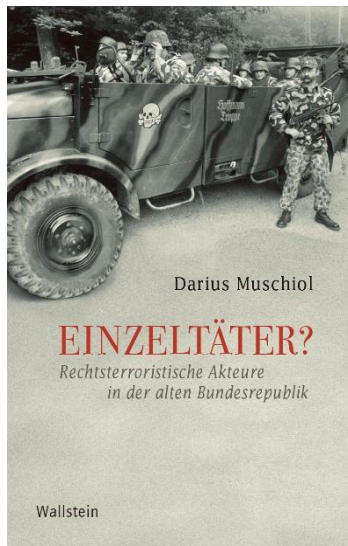
die Versuche zur Etablierung der hauswirtschaftlichen Lehre nachzeichnet. Beide Initiativen zielten auf eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie auf das Gewinnen von »guten« Hausangestellten. Und beide waren über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg ähnlich erfolglos. Die zahlreichen Versuche konfessioneller, gewerkschaftlicher oder parteipolitischer Hausangestelltenverbände, auf die Gesetzgebung einzuwirken, brachten wenig spürbare Verbesserungen für die Arbeitssituation im Privathaushalt. Als Hauptgründe für dieses Scheitern kristallisiert Witkowski die Zersplitterung in verschiedene Verbände sowie den insgesamt niedrigen Organisationsgrad der Hausgehilfinnen heraus, wobei letzterer in der Isolation der Hausgehilfinnen im Arbeitgeberhaushalt begründet lag. Wenig fruchtbar waren auch die Bemühungen um eine Professionalisierung des Hausdienstes durch eine hauswirtschaftliche Lehre. Obwohl in der NS-Zeit die hauswirtschaftliche Aus- und Fortbildung forciert worden war, blieb die Arbeit im Privathaushalt auch nach 1945 »fest in der Hand der ungelernten Kräfte« (S. 293). Das Interesse daran, eine Lehre im Haushalt zu absolvieren, war im gesamten Untersuchungszeitraum gering. Dies hing mit ebendem schlechten Ansehen des Berufs zusammen, das eine Professionalisierung hätte beheben sollen.

Die Entwicklungen seit den 1970er-Jahren spricht Witkowski leider nur in einem kurzen »Ausblick« an. Das ist schade, auch wenn es aus arbeitspragmatischen Gründen nachvollziehbar ist. Denn im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts kam viel Bewegung in den »Arbeitsplatz Privathaushalt«, wie Witkowski überblicksartig zeigt. Die Zahl der Beschäftigten – gerade auch der »live-ins« – stieg wieder an. Migrantisierung, Informalität und Prekarität prägten die Arbeitsverhältnisse. Darüber aus zeithistorischer Perspektive und unter Berücksichtigung des historischen Kontextes seit den 1920er-Jahren mehr zu erfahren, hätte ich mir von einem Buch gewünscht, das wiederholt eine Untersuchung des gesamten 20. Jahrhunderts verspricht. Ein weiterer Aspekt, der etwas unterbelichtet bleibt, sind die subjektiven Wahrnehmungen und Deutungen der Hausgehilfinnen selber, obwohl Witkowski zahlreiche Interviews geführt hat. Eine vertiefte Analyse dieser Gespräche hätte dabei geholfen, die Hausgehilfinnen und ihre Arbeitgeber:innen etwas differenzierter darzustellen. So bleiben beide als Akteursgruppen blass und erscheinen als zwei in sich homogene Gruppen, was den Komplexitäten der hauswirtschaftlichen Beschäftigungsverhältnisse im Untersuchungszeitraum nicht ganz gerecht wird.

Insgesamt jedoch handelt es sich bei Witkowskis Buch um eine sehr informative Grundlagenarbeit zum »Arbeitsplatz Privathaushalt« in (West-)Deutschland von den 1920er- bis in die 1960er-Jahre. Die Autorin hat mit großer Akribie eine Vielzahl an Quellen zusammengetragen und diese sorgfältig ausgewertet. Besonders anregend ist die Lektüre an den Stellen, an denen Witkowski ihre Quellen konsequent mit den Analysekatégorien »Alter«, »Rasse«, »Klasse« und »Geschlecht« befragt und aufzeigt, wie diese in ihrer intersektionalen Verschränkung Ungleichheiten produzierten und festschrieben. Dies ist beispielsweise im Kapitel zu den Hausgehilfinnen in der NS-Zeit besonders gut gelungen.

Zitierempfehlung

Andrea Althaus, Rezension zu: Mareike Witkowski, Arbeitsplatz Privathaushalt. Städtische Hausgehilfinnen im 20. Jahrhundert, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82038.pdf>> [27.11.2024].



DARIUS MUSCHIOL

Einzeltäter?
Rechtsterroristische Akteure in der alten
Bundesrepublik
(Geschichte der Gegenwart, Bd. 37)

Wallstein Verlag | Göttingen 2024
486 Seiten, gebunden | 42,00 €
ISBN 978-3-8353-5724-2

rezensiert von

ARMIN PFAHL-TRAUGHBER, Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl

Bereits vor dem mörderischen NSU gab es auch schon in der ›alten‹ Bundesrepublik Deutschland einen entwickelten Rechtsterrorismus, wofür damals wie heute aber nur eine gering entwickelte Aufmerksamkeit bestand und besteht. Doch wie erklärt sich dieses Desinteresse - auch etwa im Vergleich zum anhaltend hohen Interesse am früheren Linksterrorismus? Eine Antwort auf diese Frage will der Historiker Darius Muschiol in seiner Dissertation an der Universität Potsdam geben. Sie erschien als Buch mit dem Titel »Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik«. Darin erklärt sich der Autor das unterschiedlich entwickelte Interesse mit geläufigen Narrativen, wonach es sich bei Rechtsterroristen in der Vergangenheit eher um »Einzeltäter« und »Irregeleitete« gehandelt habe. Dadurch, so Muschiol, seien sowohl das Gefahrenpotential wie die Gewaltdimension des Rechtsterrorismus nicht richtig wahrgenommen worden. Diese Feststellung erklärt auch den schlichten Haupttitel seines Buchs, der die Einzeltäterthese mit einem Fragezeichen bereits kritisch hinterfragt.

Dem Autor geht es in seiner Studie aber um mehr, nämlich um analytische Blicke auf besondere Eigenschaften, Kontexte und Motivlagen des Rechtsterrorismus. Die »gängigen Einschätzungen von Rechtsterroristen als verrückt oder vereinzelt«, so seine These, »versperren [...] den Blick auf rechtsextreme Sozialisationshintergründe, vernachlässigen strukturelle (Gruppen-)Netzwerke und missachten gesellschaftliche Stimmungen« (S. 11). Es habe sich um Akteure mit hoher Einbettung in das rechtsextremistische Milieu gehandelt, rege Kommunikation und professionelle Strukturen seien vorhanden gewesen. Behörden und Justiz hätten bei der Aufklärung dieser Strukturen ebenso versagt wie Politik und Wissenschaft – und dies nicht nur in Ausnahmefällen, eher müsse von einer Regel des Versagens gesprochen werden. Genau diesen Strukturen will Muschiol in seiner Untersuchung nachgehen.

Dabei wählt er einen akteursbezogenen Ansatz, fixiert eben auf die gemeinten Rechtsterroristen. Es geht bei rechtsterroristischen Taten nach Muschiols Definition erstens um »Gewalthandlungen (gegen Sachgegenstände oder Personen), die einen konspirativ-geplanten Charakter besitzen und demnach mit einer gewissen (verdeckten) Vorbereitung und planvollen Strategie ausgeführt

werden.« Zweitens sei wichtig, »dass die Opfer selbst nicht das (ausschließliche) Ziel darstellen, sondern ebenso »die Herstellung öffentlicher Wahrnehmung« – also eine Kommunikationsstrategie – im Vordergrund steht« (S. 24f.). Gerade der letztgenannte Aspekt fehlte mitunter in der bisherigen Forschung, umso aner kennenswerter ist die einschlägige Schwerpunktsetzung bei Muschiol. Irritierend ist aber die nur sehr knappe Auseinandersetzung des Autors mit der Einzeltäterforschung, obwohl diese sehr wohl die Kontexte von Tätern berücksichtigt. »Einzeltäter« meint lediglich, dass ein Einzelner der Täter ist. Dass es externe Einflüsse gibt, wird etwa im heutigen »Lone Actor«-Verständnis nicht negiert.

Die auf die Einleitung folgenden Kapitel untersuchen den bundesdeutschen Rechtsterrorismus für die Jahre von 1961 bis 1990 hinsichtlich bestimmter Kategorisierungen. Hierbei offenbart sich die beeindruckende Forschungsleistung der Studie. Sie besteht einerseits in der Aufarbeitung bislang kaum behandelter Fälle, etwa derjenigen aus den frühen 1960er-Jahren mit einem Südtirol-Zusammenhang. Sie besteht andererseits aber auch in der Erörterung dieser Informationen, wobei Bedingungsfaktoren, Feindbilder, Kommunikation und Vernetzungen, aber auch Deutungen und Fehlwahrnehmungen thematisiert werden. Dabei geht der Autor stark auf Details ein, blendet aber die analytischen Dimensionen nicht aus.

Muschiol arbeitet zunächst drei verschiedene Entwicklungsphasen des Rechtsterrorismus heraus, nämlich die eines »expansiven«, eines »konservativen« und eines »revisionistischen« Vigilantismus. Anschließend werden unterschiedliche biografische und szenebedingte Prägungen sowie Organisationsgrade und Sozialstrukturen ausdifferenziert. Man könnte jeweils mit guter Begründung auch eine andere Deutung vornehmen. So diffamierten etwa schon die frühen Rechtsterroristen den liberalen Staat, der von ihnen von Anfang an als illegitimes Produkt der »Siegermächte« wahrgenommen wurde, weshalb für die Akteure dieser Phase der Begriff des Vigilantismus nicht ganz treffend erscheint. Gleichwohl wird so der Blick auf unterschiedliche Entwicklungen und Spezifika geschärft. Dies gilt ebenso für die folgenden Ausführungen zu den Feindbildern von Rechtsterroristen, die mal in den »Ausländern«, mal in den »Besatzern«, mal in den »Linken«, mal im »Staatssystem« gefunden wurden.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen gleichfalls Muschiols Ausführungen zu den internationalen Kooperationen des bundesdeutschen Rechtsterrorismus, die in der bisherigen Fachliteratur nur marginal behandelt wurden. Hierbei finden die unterschiedlichsten Dimensionen Beachtung: von ideologischen Bekundungen über personelle Hilfe bis zur konkreten Waffenbeschaffung. Zu Recht widmet sich der Autor auch eigens den Spezifika der Kommunikationsformen des Rechtsterrorismus, ist der Gesichtspunkt der Kommunikation doch generell ein wichtiges Analyse kriterium der Terrorismusforschung. Dabei hätten sowohl die gesellschaftliche Dimension des Rechtsterrorismus als auch seine spezifischen Opfergruppen noch ein größeres Thema sein können. Der Blick auf das rechtsextremistische Milieu ist zwar wichtig, aber die gewalttätigen Handlungen der Rechtsterroristen sollten auch gesamtgesellschaftlich einschlägige Wirkung entfalten. Gleichwohl muss auch hier wieder anerkennend auf die Analyse der szeneeinternen Resonanzen verwiesen werden, bei der Muschiol viele erkenntnisförderliche Details herausarbeitet, die auch für künftige Studien anregend sein werden.

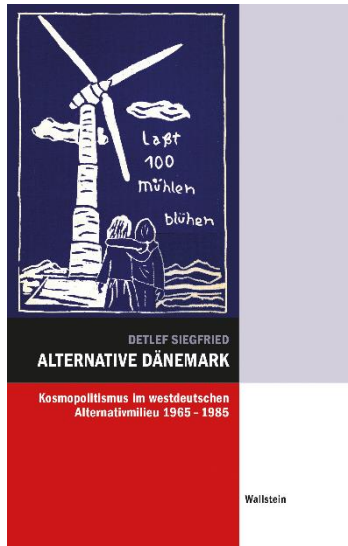
Durchgängig findet sich in der Untersuchung eine Ablehnung der Extremismustheorie. Bereits in der Einleitung bezieht der Autor diese Grundposition, wobei er fälschlich referiert, dass Extremismus in der Extremismustheorie als Gegensatz zur »Mitte« gedeutet werde (vgl. S. 23). Die Entwicklung dieses Forschungsfeldes nach 1989 kommt nicht vor, einschlägige Analysen kennt der Autor hier leider nicht. Es gibt in Muschiols Buch auch keine systematisch vergleichende Betrachtung des Linksterrorismus, was gerade bei Analysefeldern wie Kommunikation, Organisationsstrukturen oder Vernetzungen wichtig gewesen wäre – nicht im Sinne einer Gleichsetzung, aber im Sinne eines Vergleichs. Bei einer isolierten Analyse ist es dagegen nur schwer möglich, die Besonderheiten des Rechtsterrorismus zu erkennen. Gerade der bedeutsame Aspekt der Kommunikation wird von Muschiol in seiner konstitutiven Spezifik nur marginal wahrgenommen. Im Unterschied zum Linksterrorismus gibt es etwa im Rechtsterrorismus meist keine Bekennerschreiben. Dieses Alleinstellungsmerkmal wird in komparativer Perspektive besser erkennbar.

Auch andere Erkenntnisse der internationalen Terrorismusforschung hätten noch stärker in die Untersuchung integriert werden können, um die Entwicklung des bundesdeutschen Rechtsterrorismus und seiner Spezifika differenzierter wahrzunehmen. Derartige kritische Einwände sprechen aber nicht in Gänze gegen diese Studie. Sie darf als beeindruckende und gelungene Forschungsleistung gelten, bereichert sie doch das analytische und faktische Wissen. Aus den genutzten Analysekriterien lässt sich ein allgemeines Raster entwickeln, was die Forschung nicht nur zum Rechtsterrorismus voranbringen kann. Damit sind zwar nicht alle relevanten Fragen zum Thema geklärt, etwa auch nicht diejenigen zum Agieren der Sicherheitsbehörden. Indessen kann dies dem Autor nicht angelastet werden, folgt er doch einer anderen Problemstellung. Viele Detailerkenntnisse verdienen eine intensivere Untersuchung. Auch wird von Muschiol auf die Entwicklung in anderen Ländern verwiesen, was für die Zukunft neue Erkenntnisgewinne durch internationale Vergleiche erhoffen lässt.

Abschließend sei noch eine persönliche Anmerkung des Rezensenten vorgenommen, wird er doch in der Arbeit von Muschiol hinsichtlich seiner Positionierung falsch eingeordnet (S. 443). Eine frühere Aussage, die von 1999 und nicht von 2006 stammt, verwies auf die Inexistenz einer »Braunen Armee Fraktion«, wobei die Besonderheiten der bekannten linksterroristischen Organisation die konkreten Spezifika bildeten. Bei der RAF ging es um eine informell hierarchisch strukturierte Gruppierung mit einer Kommandoebene von um die 20 Personen und einem breiten, mehrschichtigen Unterstützerumfeld. Eine ähnliche Organisation gab es damals wie später im bundesdeutschen Rechtsterrorismus nicht. Daher handelte es sich also um keine »Fehlanalyse« des Rezensenten, auch nicht mit der heutigen Kenntnis über den NSU. Das gilt ebenso für ähnliche Aussagen des Fachjournalisten Anton Maegerle, die Muschiol ebenfalls falsch verortet (S. 445). Der NSU war keine »Braune Armee Fraktion«, eher wäre hier als vergleichende Bezeichnung »Braune Zelle« zutreffend.

Zitierempfehlung

Armin Pfahl-Traugher, Rezension zu: Darius Muschiol, Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik, Wallstein Verlag, Göttingen 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82037.pdf>> [27.11.2024].



DETLEF SIEGFRIED

Alternative Dänemark.
Kosmopolitismus im westdeutschen Alternativmilieu
1965-1985
(Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte,
Bd. 61)

Wallstein Verlag | Göttingen 2023
640 Seiten, gebunden | 48,00 €
ISBN 978-3-8353-5368-8

rezensiert von

BENEDIKT SEPP, Ludwig-Maximilians-Universität München

Von »hygge« und »lagom« über Wärmepumpen und Wasserkraft bis hin zum noch vorhandenen Wohlfahrtsstaat stellt Skandinavien bis heute einen Sehnsuchtsraum für vom Kapitalismus ermüdete Mitte-Links-Aussteigerfantasien dar. Detlef Siegfrieds 2023 bei Wallstein erschienene Studie über die Dänemark-Rezeption im linken und alternativen Milieu der Bundesrepublik zeigt, dass diese Wahrnehmung des kleinen nördlichen Nachbarn eine deutlich vielfältigere und ambivalentere Geschichte hat, als es die Konjunktur gegenwärtiger Wohnraummagazine nahelegt. Als einer der wohl besten Kenner der bundesdeutschen Protestgeschichte der 1960er- und 1970er-Jahre¹ hat der in Kopenhagen lehrende Historiker Einblicke in beide Seiten dieser Wahrnehmungsgeschichte, die sich in seinem Buch zeitlich von den 1960er- bis in die 1980er-Jahre erstreckt und die Rolle Dänemarks als Projektionsfläche einer linkeren, menschlicheren, kleineren und solidarischeren, schlicht besseren Gesellschaft im bundesdeutschen alternativen Milieu erforschen will.

Dass diese Geschichte aber nicht unbedingt eine von reinen Projektionen sein muss, zeigt gleich die erste Fallstudie über die Kontakte linker Studierendenorganisationen beider Länder. Anhand einer zentralen Figur, der zeitweiligen zweiten SDS-Vorsitzenden und späteren Politikwissenschaftlerin Ursula Schmiederer, die nicht nur viel Zeit in Dänemark verbrachte und dort politische Freundschaften pflegte, sondern auch ihre Dissertation bei Wolfgang Abendroth über die dänische Socialistisk Folkeparti schrieb, zeigt Siegfried ganz reale wechselseitige Austausch- und Lernprozesse sowie Freundschaften und gemeinsame Kämpfe junger Sozialist:innen beider Länder – und schreibt somit auch eine detailreiche Geschichte insbesondere der bundesdeutschen (Neuen) Linken bzw. des Alternativen Milieus. Angesichts der beachtlichen Länge des Buchs kann man sicher darüber streiten, ob diese Darstellung in ihrer Ausführlichkeit den Rahmen der Untersuchung deutscher Dänemarksehnsüchte nicht etwas ausfransen lässt, letztlich aber überzeugt die ausführliche Kontextualisierung der Akteure und

¹ Vgl. Detlef Siegfried, *Time is on my side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006; *ders.*, 1968. *Protest, Revolte, Gegenkultur*, Ditzingen 2018.

Gruppen in den beiden Ländern aber doch durch ihre Tiefe. Eine wiederkehrende Rolle spielen dabei die wechselseitige Faszination, aber auch gewisse Frustrationserfahrungen der deutschen mit ihren dänischen Genoss:innen, deren als typisch dänisch geltende politische Kultur der Kompromissbereitschaft und Staatsnähe zwar als angenehm und menschlich, aber potentiell dann doch wieder als eher wenig revolutionär interpretiert wurde.

Das Kapitel über die im engeren Sinne politische Dänemarkrezeption in Deutschland fokussiert sich anschließend auf die Rolle Dänemarks als Ausweichland für Deutsche, die aus politischen Gründen die Bundesrepublik verließen, vor allem natürlich für Rudi Dutschke. Nach seiner faktischen Ausweisung aus Großbritannien fand der berühmte Antiautoritäre für die letzten Dekade seines Lebens eine Anstellung an der Universität Aarhus, wobei auch nach Siegfrieds – die bisherigen Dutschke-Biografien an Detailfülle deutlich übertreffende – Darstellung der Eindruck bleibt, dass sich Dutschke mit Dänemark jenseits seiner persönlichen Sphäre nie wirklich ernsthaft auseinandersetzte. Es ist daher ein wenig schade, dass einem anderen prominenten bundesdeutschen Politexilanten, Henning Eichberg, deutlich weniger Aufmerksamkeit und Platz gewidmet wird: Der in den 1960er- und 1970er-Jahren in der rechtsextremen Szene aktive, seiner Selbstdarstellung nach jedoch bei seinem Umzug nach Dänemark zu Beginn der 1980er-Jahre schon zur Linken neigende Eichberg fand, im Gegensatz zu Dutschke, in Dänemark und dem dänischen Volksbegriff nicht nur reichlich Inspiration für seine sehr eigene Mischung aus rechten und linken Ideologiebausteinen, sondern in der erwähnten linksalternativen Socialistisk Folkeparti auch eine neue politische Heimat.

Ebenfalls weniger von Projektionen als vom Austausch realer Menschen und Medienträger bestimmt war auch der deutsch-dänische Transfer von Pornografie und Musik, dem die nächste große Fallstudie gewidmet ist. 1969 legalisierte Dänemark als erstes Land weltweit den Besitz und Handel pornografischer Bilder, was das bundesdeutsche Interesse am nördlichen Nachbarn schnell steigen ließ. Events wie die Kopenhagener Pornomesse 1969 und insbesondere die Berichterstattung darüber, aber auch linke Debatten über das revolutionäre Potential der schmutzigen Bilder werden detailliert nachgezeichnet; die Wahrnehmung Dänemarks als »fortschrittlichstes Sex-Land der Welt«, wie es der SWR formulierte (zit. nach S. 201), gehörte wohl zu den am begierigsten aufgegriffenen medialen Stereotypen. Als zweites dänisches Kulturgut, anhand dessen überraschend viele deutsch-dänische Stereotypen aktualisiert wurden, behandelt Siegfried die dänische Festivallandschaft, insbesondere das Roskilde-Festival: Gerade in der vorgeblich als kulturübergreifend geltenden Musikszene, so scheint es, stellten nationale Wahrnehmungen über Dänen und Deutsche besonders starke Interpretationsrahmen bereit – wobei bezeichnenderweise oft »das Fremde als authentisch, das Eigene als künstlich« (S. 574) galt. 1977 etwa stellten zwei *Sounds*-Redakteure fest, dass dänische Rockbands vor allem deshalb so gut seien, weil sie nicht unter dem deutsch-verkopften Kunstanspruch litten.

Das dritte Kapitel »Jenseits des Wohlfahrtsstaats« dreht sich um die Wahrnehmung einzelner Projekte, die Siegfried als »Nebenwirkungen des ansonsten so geschätzten dänischen Wohlfahrtsstaats« (S.267) interpretiert: Dessen Vorzüge produzierten als Kehrseite eben auch einen latent paternalistischen Umgang etwa mit Kindern, Drogensüchtigen oder Drop-Outs, der durch lokale Initiativen aufgebrochen werden sollte. Insbesondere geht es um die in Dänemark zu einer auffälligen Blüte gelangenden Abenteuerspielplätze, die in Form eines »Gerümpel-spielplatzes« den Entdeckerdrang und die Eigeninitiative von Kindern ernst nahmen. Das Konzept wurde von verschiedenen politischen Seiten gefördert und exportiert, auch, wie Siegfried zeigt, weil es sich als Teil eines größeren gesellschaftlichen Trends von Individualisierung, einer Abkehr vom Sicherheitsdenken und Überbetreuung und einer Hinwendung zur Natur deuten ließ. Angesichts der großen nationalen Unterschiede in der Rezeption der Abenteuerspielplätze – in der Bundesrepublik und England spielte etwa der Umgang mit den durch den Bombenkrieg verursachten Brachflächen eine große Rolle – ließe sich allerdings fragen, ob der Abenteuerspielplatz wirklich als typisch dänisches Konzept rezipiert wurde oder eher als zufällig aus Dänemark kommende Idee. Diese Frage könnte man auch an die Rezeption Christianias stellen, die als zweites Beispiel in diesem Kapitel behandelt wird: Zwar war das deutsche Interesse an der Freistadt in Kopenhagen groß (und wurde von einzelnen Aktivist:innen wie Heiner Gringmuth

auch empirisch gehaltvoll befriedigt), eine Wahrnehmung als genuin dänisch kann aber – obgleich Siegfried zahlreiche Quellen anführt, die dies nahelegen – zumindest hinterfragt werden. Christiania scheint gleichzeitig als gelebte Utopie wie als abschreckendes Beispiel wahrgenommen worden zu sein, wozu noch ein intensiver Milieutourismus beitrug, mit dessen negativen Folgen sich Siegfrieds letztes Kapitel ausführlich befasst. Denn da es der ›alternative‹ Deutsche es seinem ›nichtalternativen‹ Landsmann gleichtat und die Welt erkunden und seinen Horizont erweitern wollte, stellte vor allem Kopenhagen ein von Szenetouristen förmlich überranntes Reiseziel dar. Das ging so weit, dass die Stadtverwaltung eigens Matratzenlager und szenekundige Auskunftsbüros förderte, um der Menge der in Parks und an Bahnhöfen nächtigenden jungen Reisenden zumindest einigermaßen Herr zu werden.

Mit dem Kapitel über alternativen Tourismus, das auch selbstorganisierte Reisen in Länder der »Dritten Welt« behandelt, bewegt sich Siegfried am weitesten weg von seinem eigentlichen Untersuchungsobjekt der Dänemarkwahrnehmungen und geht fokussierter einer im Buch immer wieder aufscheinenden zweiten Frageebene nach: Welche Rolle nämlich die Eigenwahrnehmung als kosmopolitisch und postnational im Selbstverständnis des westdeutschen alternativen Milieus spielte. Siegfried kann hier zeigen, dass das Selbstverständnis als weitgereist, welterfahren und generell weniger national sozialisiert durchaus eine wichtige Rolle für die alternative Selbstverortung spielte, die sich ihres Kosmopolitismus auch immer wieder durch spezifische Praktiken versichern bzw. diesen erst produzieren musste: durch Konsum fremder Musik, Speisen oder Waren, durch Reisen oder durch politischen Aktivismus mit nichtdeutschen Schwerpunkten. Dennoch war dieser Kosmopolitismus, wie auch das Beispiel Dänemarks zeigt, in ein Spannungsfeld aus anderen regionalen Bezugnahmen eingebunden, das eine simple Zurechnung kosmopolitischen Selbstbewusstseins zum alternativen Habitus verneint; viel individueller war die Verschränkung von Nations-, Heimat-, Regions- und Europadiskursen, als es auf den ersten Blick ersichtlich ist.

Darüber allerdings, ob Dänemark wirklich so zentral für die kosmopolitische Selbstwahrnehmung bzw. die unerfüllten Sehnsüchte der bundesdeutschen Alternativen war, wie die exzellente Darstellung suggeriert, kann auch nach Lektüre des Buchs zumindest gestritten werden. Angesichts der von Siegfried selbst genannten Tatsachen, dass in den 1960er-Jahren der Großteil der Bundesbürger Dänemark doch überwiegend als Exportland von Käse, Dosenfisch, Möbel und Schlagerstars wahrzunehmen schien und zudem die linke bzw. alternative Zusammenarbeit, der Szenetourismus und die Festivalbesuche doch vorwiegend von einem norddeutschen Publikum getragen wurden, wäre zu bedenken, ob lokale Vernetzungen und Erreichbarkeit nicht ebenso eine Rolle für die Popularität Dänemarks spielten wie Projektionen und Wunschdenken; für viele grenznah lebende Linke war, so kann man zumindest vermuten, das niederländische, französische oder italienische Gras auf der anderen Seite des Zaunes bzw. der Alpen ähnlich grün wie das dänische. Dennoch zeigt das Buch klar die Bedeutung auf, die dänische Projekte, Events, Orte und politische Debatten (vielleicht noch eher als Dänemark im Ganzen) für das bundesdeutsche alternative Milieu hatten. Zudem beeindruckt das Buch durch die enorme Materialfülle (und die sichere Hand beim Ordnen dieser), die thematische Breite und die klare Fragestellung. Es eröffnet damit das Potential für weitere Studien über den Reiz der ›kleinen‹ Nationen auf die unzufriedenen Bürger:innen der ›großen‹.

Zitierempfehlung

Benedikt Sepp, Rezension zu: Detlef Siegfried, Alternative Dänemark. Kosmopolitismus im westdeutschen Alternativmilieu 1965–1985, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82036.pdf>> [18.11.2024].



HELMUT REINALTER

Reform, Restauration und Revolution (1740–1848/49).
Darstellung – Forschungsüberblick – Quellen und
Literatur
(Handbuch zur neueren Geschichte Österreichs, Bd. 3)

Studienverlag | Innsbruck/Wien 2023
268 Seiten, kartoniert | 39,90 €
ISBN 978-3-7065-1502-3

rezensiert von

MICHAEL KITZING, Feldberg-Altglashütten

Die vorliegende Publikation des Innsbrucker Historikers Helmut Reinalter ist Teil einer auf fünf Bände angelegten Reihe zur Österreichischen Geschichte seit Beginn der Frühen Neuzeit. Jeder Band untergliedert sich in drei Teile: An eine knappe ereignisgeschichtliche Darstellung schließt ein Überblick über Probleme und Kontroversen der Forschung an, bevor der Band mit Angaben zu Quellen und Literatur abgerundet wird. Reinalters Band ist der dritte der Reihe und nimmt unter dem Titel »Reform, Restauration und Revolution« die Epoche von 1740 bis zur Revolution von 1848/49 in den Blick.

In der Mitte des 18. Jahrhunderts vollzog sich vor allem in Westeuropa die Ausbildung von »nationalen, bürokratisch-institutionellen Flächenstaat[en]«. (S. 15) Gleichzeitig setzte die Industrialisierung ein und es entstand ein Bürgertum, das mit dem Gedankengut der Aufklärung vertraut war und in deren Geiste auf Reformen drängte. In Österreich lagen die Dinge durchaus anders. Das Land war nach der Herrschaft Karls VI. unterentwickelt. Diese Unterentwicklung, insbesondere in den Bereichen des Heeres und der Finanzen, wurde im Österreichischen Erbfolgekrieg überdeutlich. Dementsprechend bedurfte es Reformen. Anders als in Westeuropa, so Reinalter, gingen diese Reformen jedoch in Österreich von der Staatsspitze, also von Maria Theresia und Joseph II., aus. Zwischen den Reformvorhaben beider Herrscher sieht Reinalter ein hohes Maß an Kontinuität, wobei erst mit der Alleinherrschaft Josephs II. ab 1780 ein schärferes Reformtempo eingeschlagen wurde. Im Zuge dieses Reformprozesses ging in Österreich also das Handeln im Sinne der Aufklärung dem aufklärerischen Diskurs voraus. Denn, anders als in Westeuropa, fehlte hier noch weitgehend ein aufklärerisch gesonnenes Bürgertum.

Die Reformen Maria Theresias und Josephs II. hatten laut Reinalter zwei Stoßrichtungen. Erstens zielten sie darauf, die bis dahin stark föderal organisierte Habsburger-Monarchie stärker zu zentralisieren. In diesem Zusammenhang sollten zweitens intermediäre Gewalten, das heißt Kompetenzen von Adel und Städten, gebrochen werden. Auf kirchenpolitischem Feld ging es weniger um Zentralisation als vielmehr darum, Rechte und Anliegen der Kirche den Interessen des Staates unterzuordnen. Durchgeführt wurden diese Reformen mit Hilfe eines reorganisierten

Staatsapparats. Vor allem unter Joseph II. entstand eine Beamtenschaft mit klaren Regelungen hinsichtlich Kompetenz, Besoldung und Pensionierung. Reinalter stellt die einzelnen Reformschritte Maria Theresias und Josephs II. relativ ausführlich dar. Unterfüttert wird dies mit umfangreichem Datenmaterial, etwa zur Entwicklung der Landwirtschaft oder zur allmählichen Entstehung der Industrie. Zugleich gibt Reinalter Auskunft über die Reorganisation der Verwaltung, die Organisation der Armee oder auch, um ein konkretes Beispiel herauszugreifen, die Maßnahmen Josephs II. im »Öffentlichen Gesundheitswesen« (S. 48). So erfährt der Leser, dass im Gefolge von Pest- und Pockenepidemien 1778 die erste öffentliche Impfanstalt in Wien eröffnet wurde. Sechs Jahre später entstand vor der Stadt an der Alse das erste öffentliche Krankenhaus, das über 2000 Betten verfügte und dessen Organisation und Finanzierung Reinalter mit Freude am Detail erläutert.

Joseph II. portraitiert Reinalter als einen Herrscher, dessen Denken und Handeln stark durch den Philosophen Christian Wolff geprägt wurde. Joseph II. sah sich, so Reinalter, als »Monarch von »Gnaden der Vernunft« sowie »als »Diener« seines Staates« (S. 84), dessen größtes Ziel die Glückseligkeit seiner Untertanen darstellte. Jedoch ergaben sich auch innerhalb der Konzeption des aufgeklärten Absolutismus – die Reinalter nicht nur im Darstellungsteil, sondern auch Forschungsteil des Bandes diskutiert – durchaus Widersprüche. So wollte Joseph II. zwar »alles für das Volk« erreichen, aber »nichts durch das Volk« (S. 85). Auch sah er keinen Anlass, entsprechend dem Gedankengut der Aufklärung seine eigene Machtstellung zu hinterfragen oder Partizipationsrechte des Volkes auch nur zu erörtern. Vielmehr, so Reinalter, sah der Kaiser im aufgeklärten Absolutismus eine besonders effektive und durchsetzungsfähige Herrschaftsform. Wie Reinalter zeigt, waren viele Reformen Joseph II. übereilt eingeführt worden und mussten noch vor seinem Tod im Jahr 1790 wieder zurückgenommen werden. Auf Joseph II. folgte für lediglich zwei Jahre sein Bruder Leopold II. Dieser wird von Reinalter als durchaus fortschrittlicher Monarch dargestellt, der der Französischen Revolution zumindest in ihrer Anfangsphase keineswegs vollständig ablehnend gegenüberstand. Leopold hatte bereits als Großherzog der Toskana zahlreiche Reformen angestoßen. Unter ihm wurden Verfassungsprojekte für die Habsburger-Monarchie zumindest erörtert. Zudem kam es unter Joseph II. und Leopold II. zu einer Lockerung der Zensur. Leopold II. versuchte auch über Mittelsmänner die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Es entstand somit im Ansatz ein öffentlicher Diskurs.

Unter dem Sohn Leopolds II., Franz II. (I.), setzte dann allerdings die Restauration ein. In diesem Zusammenhang weist Reinalter darauf hin, dass nur ein Teil der vormaligen Mitarbeiter Leopolds II. diesen Schritt zur Restauration mitvollzog, während andere »unter dem Druck der Restauration und dem Einfluss der Französischen Revolution immer radikaler [...] und [...] schließlich zu Jakobinern« wurden (S. 90). Zu letzterer Gruppe gehörten unter anderem Andreas von Riedel und Franz Hebenstreit. 1794 wurde die »Jakobinerverschwörung« aufgedeckt und die Teilnehmer zu langen Haftstrafen oder zum Tode verurteilt. Reinalter erläutert – erneut sowohl im Darstellungs- als auch im Forschungsteil – ausführlich das Gedankengut der österreichischen Jakobiner, die er als Vorläufer der Radikalen im Vormärz sieht. Zugleich fragt er nach der öffentlichen Stimmung. Allerdings fehlte in den 1790er-Jahren in Österreich noch immer ein breiteres Bürgertum, das den Anliegen der Jakobiner hätte Rückhalt verleihen können. Letztendlich wird aus den Ausführungen Reinalters klar, dass in Österreich bereits in den 1790er-Jahren ein politisches Klima herrschte, wie es dann im Deutschen Bund nach der Verabschiedung der Karlsbader Beschlüsse 1819 Einzug hielt, inklusive Pressezensur und der Überwachung von Universitäten, Studenten und Professoren.

Einen Einschnitt bildete auch in der österreichischen Geschichte die Pariser Julirevolution von 1830. Zwischen 1830 und 1848 rutschte die österreichische Monarchie in mehrfacher Hinsicht in die Krise. Weil die Bauernbefreiung noch immer nicht konsequent vorangetrieben worden war, kam es im ganzen Land zu Bauernaufständen. Gleichzeitig brachen angesichts steigender Lebensmittelpreise wiederholt Hungerkrawalle aus. Hinzu kam ein Bürgertum, das Pressefreiheit, Schwurgerichte sowie politische Teilhaberechte forderte. Schließlich setzte auch in Österreich nun verstärkt die Industrialisierung ein, ohne dass flankierende sozialpolitische Maßnahmen ergriffen wurden. Es bildete sich ein, freilich noch nicht organisiertes, Proletariat,

das einen Unruhefaktor darstellte. Hinzu kamen nationalpolitische Unruhen in allen Teilen der Monarchie. Hieraus resultierte insgesamt eine revolutionäre Stimmung, die 1848 zur Entladung kam. Es waren dann freilich eben diese vielen, teilweise weit auseinandertriftenden Ziele der unterschiedlichen Trägergruppen der Revolution, die zu ihrem Scheitern führten. Dennoch stellt Reinalter abschließend fest, dass die Revolution keineswegs vollständig gescheitert sei. Auch in der Habsburger-Monarchie hatten sich 1848/49 neue Formen der öffentlichen Partizipation etabliert, genauso wie es endlich zur Abschaffung der Grundlasten gekommen war.

Helmut Reinalter hat einen konzise geschriebenen Band zur österreichischen Geschichte in der Sattelzeit vorgelegt – eine gelungene Einführung, die die politische Entwicklung des Landes vor dem sehr genau beschriebenen Hintergrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einordnet und umgekehrt aufzeigt, wie das politische Handeln diese Rahmenbedingungen verändert bzw. weiterentwickelt hat.

Zitierempfehlung

Michael Kitzing, Rezension zu: Helmut Reinalter, Reform, Restauration und Revolution (1740–1848/49). Darstellung – Forschungsüberblick – Quellen und Literatur, Studienverlag, Innsbruck/Wien 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82035.pdf>> [12.11.2024].



HUBERT ZIMMERMANN

Militärische Missionen.
Rechtfertigungen bewaffneter Auslandseinsätze in
Geschichte und Gegenwart

Hamburger Edition | Hamburg 2023
488 Seiten, gebunden | 40,00 €
ISBN 978-3-86854-381-0

rezensiert von

MARCEL BERNI, Militärakademie an der ETH Zürich

Vor der viel beschworenen »Zeitenwende« von 2022 hatten westliche Auslandseinsätze Konjunktur. Vermeintliche Stabilisierungsoperationen sollten dem Globalen Süden mit militärischen Mitteln Demokratie, Freiheit und Menschenrechte bringen. Dabei ließen sich westliche Streitkräfte häufig auf irreguläre und lange Kriege ein, die nur wenig mit existentiellen nationalen Interessen zu tun hatten. Der Marburger Politikwissenschaftler Hubert Zimmermann zieht in seinem neuen Buch die Bilanz dieser allzu häufig gescheiterten multilateralen Interventionen. Er fokussiert dabei primär auf die Interventionsmotive der westlichen Staaten und unterzieht die zeitgenössischen Rechtfertigungen dieser Missionen einem Lackmустest.

Weshalb ist eine solche Studie angezeigt? Zimmermann argumentiert mit einem »Wendepunkt in der internationalen Politik« und sieht die Ära umfangreicher westlicher Stabilisierungsoperationen für vorläufig gescheitert an (S. 9). Für diesen aus historischer Perspektive recht frühen Schluss führt der Autor einleitend das Abklingen der westlichen Intervention im syrischen Bürgerkrieg sowie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine an. Trotzdem ist sich Zimmermann sicher, dass der bewaffnete Auslandseinsatz westlicher Streitkräfte nur temporär Geschichte ist. Diese These wird im prägnanten und empfehlenswerten, beinahe philosophischen Fazit des Buches erneut aufgegriffen und vertieft.

Doch zunächst wirft das Buch einen ungewöhnlich weiten Blick zurück und rekapituliert aus westlicher Perspektive die historischen Beweggründe für Auslandmissionen. Der Autor beginnt bei den religiös-politischen Rechtfertigungen der mittelalterlichen Kreuzzüge und hebt im Anschluss die Zunahme des staatlichen Primats während des Dreißigjährigen Krieges hervor. Dabei nimmt der Westfälische Friede eine entscheidende Rolle für das sich konstituierende staatliche Gewaltmonopol ein. Erst die europäischen Staatenbildung hat nach Zimmermann »eindeutige Kriterien für die Zugehörigkeit der Bevölkerung« geschaffen (S. 37). Damit konnte der Interventionsgedanke zunehmend national gedeutet und gerechtfertigt werden. Zimmermann gesteht ein, dass »über die Interventionsdiskurse in anderen [das heißt: außereuropäischen, M.B.] Gesellschaften zu wenig bekannt ist« (S. 27).

Selbst das Recht zu haben, die Form anderer politischer Gemeinwesen in gewaltsamen Auseinandersetzungen zu bestimmen, war ein zentraler Gedanke des frühen Interventionismus. Mit der Durchsetzung des Souveränitätsprinzips und der damit verbundenen Entwicklung eines vom Monarchen losgelösten Staatsbegriffs änderten sich die Rahmenbedingungen für die Legitimation militärischer Interventionen. Tyrannische Herrschaft, die in der Frühen Neuzeit noch das zentrale Kriterium für einen bewaffneten Eingriff von außen darstellte, konnte nun, da sich die staatliche Identität zunehmend vom Herrscher löste, viel schwerer als Rechtfertigung für eine Intervention herangezogen werden – insbesondere unter den Bedingungen einer an das Volk gebundenen Souveränität. Just diese Volkssouveränität wurde jedoch zum »Geburtshelfer« eines neuen militärischen Interventionsmusters (S. 42). Wie Zimmermann zeigt, manifestierten sich parallel zur Formulierung und realpolitischen Umsetzung des Souveränitätsgedankens Motive der Interventionsrechtfertigung, die diesem Gedanken widersprachen. Der Streit darüber, welche der gegensätzlichen Maximen Vorrang haben sollte, spitzte sich in der Frage der militärischen Auslandsinterventionen prototypisch zu. Schließlich hatte sich nach 1815 mit dem »Europäischen Konzert der Mächte« eine der erfolgreichsten Friedensordnungen der Geschichte etabliert. Angesichts dieser Errungenschaft stellte sich die Frage, welche Mittel erlaubt waren, um eine funktionierende internationale Friedensordnung zu schützen. Die Rechtfertigung von Interventionen unter dem Vorwand der internationalen Stabilität und der kollektiven Sicherheit wurde so zur zentralen Streitfrage in der europäischen Politik des 19. Jahrhunderts.

Auf der Basis von Sekundärliteratur und teilweise auch von Primärquellen zeichnet Zimmermann ein dichtes, wenngleich teilweise etwas sprunghaftes Bild. Das Zeitalter der Weltkriege wird thematisiert, noch stärker aber der Kalte Krieg und die Übergangszeit nach seinem Ende. Die zunehmende Zurückhaltung asiatischer Staaten gegenüber Stabilisierungsinterventionen und die ambivalente Haltung vieler afrikanischer Länder zu humanitären Interventionen hätten – parallel zum geopolitischen Aufstieg Asiens – maßgeblich dazu beigetragen, dass das Interesse an militärischen Interventionen in den letzten Jahren zurückgegangen sei. Dieses Abflauen des Interventionswillens markiert für den Autor eine neue Ära des »Anti-Interventionismus« (S. 170), die aktuell zumindest im Westen anhält. Diesbezüglich spricht Zimmermann allerdings von einer historischen »Wellenbewegung«, die durchaus reversibel sei (S. 458).

Im originellsten Teil seiner Studie richtet Zimmermann den Fokus auf die Interventionsdebatten in den USA, Frankreich und Deutschland. Hierbei wird erneut historisch ausgeholt: Im Falle der USA setzt der Autor mit dem Versenken der *USS Maine* im Hafen von Havanna ein, die allerdings im Jahr 1898 und nicht, wie irrtümlicherweise vermerkt, 1998 sank (S. 182). Geschickt wird die US-amerikanische Meistererzählung mit den Auslandseinsätzen der jungen Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert verknüpft. Diese Einsätze waren erstaunlicherweise immer wieder mit isolationistischen Tendenzen und einer »Ablehnung europäischer Interventionsansprüche« kompatibel (S. 193). Durch die Geschichte der USA ziehen sich unterschiedliche, teilweise ergänzende Legitimationsmuster für Interventionen: Humanitarismus, Antikommunismus, Friedenssicherung, die angebliche Förderung von Demokratie und Freiheit, Neokonservatismus sowie handfestere politische und ökonomische Motive. Hinzu kommen die Politik der Einflussphären, die Rettung eigener Staatsangehöriger und nicht zuletzt die Terrorismusbekämpfung als Legitimationsmuster. Es ist vor allem diese lange Perspektive, die Zimmermanns beschlagenes Buch ausmacht und die sich auch durch die beiden weiteren Fallbeispiele verfolgen lässt.

Zunächst stehen dabei die Interventionen der wiedervereinigten Bundesrepublik nach 1990 im Zentrum. Ungleich stärker als im Fall der USA stellt der Autor dabei die historische Verantwortung der Bundesrepublik, ihren Beitrag zu globaler Sicherheit und Stabilität sowie die Frage der Bündnistreue ins Zentrum seiner Analyse. Deutsche Militäreinsätze waren gleichwohl innenpolitisch stark umstritten. Gegen Ende der 2000er-Jahre wandte sich Berlin zusehends gegen größere Truppenentsendungen. Das Abseitsstehen während des Irakkriegs 2003 könnte als Vorläufer dieser Entwicklung gedeutet werden. Dagegen wurden kleinere Einsätze forciert, etwa zur Minenräumung in Kambodscha, zur Friedenssicherung im Libanon und in Mali oder zur Piratenbekämpfung im Golf von Aden.

Zimmermanns kürzestes Fallbeispiel, Frankreich, weist dagegen andere prävalente Interventionsmuster auf. Die »mission civilisatrice« und die französische »grandeur« führten zu einem ausgeprägten, wenngleich oft gescheiterten Sendungsbewusstsein, in Ansätzen vergleichbar mit der »manifest destiny« der USA. Eine weitere Parallele zu den USA besteht für Zimmermann darin, dass Frankreich seine Militärmissionen immer mit seiner Rolle in der Welt zu verknüpfen suchte. Auch aus diesem Grund intervenierten Nicolas Sarkozy in Libyen und François Hollande in Mali. Zimmermann schält am Beispiel Frankreich beklemmende Dilemmata der westlichen Interventionsentscheidungen heraus, die er häufig in einem Spannungsfeld von kolonialer Vergangenheit und globaler Verantwortung angesiedelt sieht.

Aus diesen vielleicht etwas willkürlich ausgewählten Fallstudien destilliert der Autor die eingangs genannte These einer neuen Ära des »Anti-Interventionismus« heraus. Mit Blick auf den Westen mag dies derzeit zutreffen. Trotzdem sieht sich der Leser in Anbetracht der russischen Intervention in der Ukraine sowie dem israelischen Eingreifen im nahen Ausland mit widersprüchlicher Evidenz konfrontiert. Zimmermann schließt diese Fälle mit seiner methodischen Fokussierung auf westliche Fallbeispiele explizit aus. Trotzdem sind sie für die Geschichte militärischer Auslandinterventionen wohl nicht ganz unbedeutend. Nicht ganz unbedeutend dürften in dieser Hinsicht aber auch die Interventionen von Staaten und nichtstaatlichen Akteuren im Globalen Süden gewesen sein, die in dieser Studie ebenfalls weitgehend auf der Strecke bleiben.

Doch zweifellos ist dem Autor zuzustimmen, wenn er abschließend festhält, dass es derzeit keine »belastbar stabile, über die nationalstaatlichen Grenzen hinausreichende Solidargemeinschaft mit einem klar definierten und intersubjektiv geteilten Wertesystem« gibt (S. 454). Gerade deshalb wird der »uneindeutige, umstrittene und widersprüchliche« Diskurs um Auslandmissionen irgendwann auch im Westen wieder aufflackern (S. 455). Zimmermanns Buch illustriert detailliert, wie solche Interventionsdebatten immer auch »Debatten über die eigene Gemeinschaft sind« (S. 458). Daran dürfte sich auch in Zukunft nur wenig ändern.

Zitierempfehlung

Marcel Berni, Rezension zu: Hubert Zimmermann, Militärische Missionen. Rechtfertigungen bewaffneter Auslandseinsätze in Geschichte und Gegenwart, Hamburger Edition, Hamburg 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82034.pdf>> [13.11.2024].